

Kleine Fortschritte auf der Klimakonferenz

Die Klimakonferenz in Paris geht in die zweite Woche. Ein Entwurf für ein Abkommen liegt auf dem Tisch. Aber die entscheidenden Details sind noch offen. Ob es gelingt, zu einem anspruchsvollen Vertrag zu kommen? Einschätzungen zur Halbzeit.



Ob die Verhandlungsdelegationen in Paris sich beeindrucken lassen?

FOTOS: DPA/PRIVAT

Die Verhandlungen liegen im Plan

Der neue Entwurf des Weltklimavertrags ist kürzer als geplant / Eine mächtige Gruppe von Ländern lehnt das 1,5-Grad-Ziel ab

Von Christian Mihatsch

In der ersten Woche der UN-Klimaverhandlungen in Paris haben Diplomaten den Entwurf des neuen Weltklimavertrags gestrafft und die wesentlichen Streitfragen herausgearbeitet. Damit liegen die Verhandlungen im Plan der französischen Konferenzpräsidentschaft. Deren Klimabotschafterin Laurent Tubiana sagte zum neuen Entwurf: „Wir hätten besser sein können, aber auch sehr viel schlechter.“

Der Text ist nun deutlich kürzer als zu Beginn der ersten Woche. Bei den wichtigsten Streitpunkten stehen aber immer noch gegensätzliche Optionen im Text, für die die Minister in der zweiten Woche einen Konsens finden müssen. Aus diesem Grund blickt Martin Kaiser von Greenpeace der zweiten Woche mit gemischten Gefühlen entgegen: „Ich bin optimistisch hinsichtlich des Verhandlungsprozesses, aber weniger hinsichtlich des Inhalts.“

Im Vorfeld der Klimakonferenz hatten 185 der 195 Länder einen nationalen Klimaschutzplan vorgelegt, was bereits als Erfolg der Konferenz gilt. Doch mit diesen Plänen kann die Klimaerwärmung nicht auf zwei, geschweige denn auf 1,5 Grad begrenzt werden. Letzteres fordern über 100 Länder.

Carole Dieschburg, die Umweltministerin Luxemburgs, sagte, dass „eine kleine, aber mächtige Gruppe von Ländern“ das 1,5-Grad-Ziel vehement ablehnt. Wer diese Länder sind, ist klar: die Gruppe arabischer Länder unter Führung von Saudi-Arabien sowie einige weitere Ölexporture wie Venezuela. Diese lehnen auch Begriffe wie „Dekarbonisierung“ und „Klimaneutralität“ als Langfristziel ab und wollen verhindern, dass sich die Staaten zu „100 Prozent Erneuerbaren“ bekennen. „Die Feinde eines vernünftigen Klimaabkommens wissen, dass sie noch eine Woche haben, um Begriffe zu eliminieren, die die Welt zur ‚Dekarbonisierung‘ verpflichten“, sagt Kaiser.

Eine andere Ländergruppe mit ähnlicher Zusammensetzung leistet derweil bei der Unterscheidung zwischen den Ländern erbitterten Widerstand. Angeführt von Indien wollen sie verhindern, dass die strenge Trennung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in der UN-Klimakonvention aus dem Jahr 1992 an die Welt des 21. Jahrhunderts angepasst wird. Bislang sind nur Industriestaaten zum Klimaschutz und zur Unterstützung ärmerer Länder verpflichtet, während dies für die sogenannten Entwicklungsländer freiwillig ist. Dies zeigt sich etwa bei der CO₂-Buchhaltung und dem Berichtswesen.

Hier gibt es zwei Systeme. Die Industriestaaten wollen in Paris einheitliche Transparenzregeln für alle Länder vereinbaren, doch dies wird von Ländern wie Saudi-Arabien abgelehnt. Trotz dieser Gegensätze sieht Liz Gallagher von der Umweltorganisation Third Generation Environmentalism (E3G, Umweltschutz der dritten Generation) die Dynamik der Verhandlungen positiv: „Der Nord-Süd-Gegensatz ist viel differenzierter gewor-



den.“ Dies trifft etwa auf das Langfristziel und die strenge Trennung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu. Auf beiden Seiten der Front finden sich Entwicklungsländer.

Der einzige Bereich, wo dies noch nicht zu beobachten ist, sei die Klimafinanzierung, sagt Gallagher. Hier fordern die Entwicklungsländer geschlossen, dass die Industriestaaten ihre Finanzzusage von 100 Milliarden Dollar ab dem Jahr

2020 in den Folgejahren weiter erhöhen. Dies lehnen die Industrieländer ab, solange der Kreis der Geberländer nicht ausgeweitet wird. „Derzeit hat Griechenland die Pflicht, Saudi Arabien finanziell zu unterstützen. Das ist offensichtlich absurd“, sagt Franz Perrez, der Leiter der Schweizer Delegation (siehe Interview).

Die Aufgabe, eine bessere Lösung für diese Absurdität zu finden, fällt diese Woche dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, zu. Er wurde zusammen mit seinem Kollegen aus Gabun von der Konferenzpräsidentschaft damit beauftragt, eine Lösung für diese knifflige Frage zu finden.

Ausstehend ist schließlich noch eine Lösung für das Thema „Verluste und Schäden“. Unter diesem Begriff aus der Versicherungswirtschaft versteht man unabwendbare Verluste durch den Klimawandel, etwa den Untergang von Inseln. Hier wollen insbesondere die Inselstaaten mit dem Paris-Abkommen eine Institution schaffen, die sich dauerhaft um dieses Thema kümmert. Dies wollen die Industrieländer unter Führung der USA vermeiden. Die US-Rechtstradition ist durch strikte Haftungsregeln und sehr hohe Schadensersatzzahlungen geprägt. Daher wollen die USA jede Regelung verhindern, die Haftung für Klimaschäden vorsieht.

„Dem Frieden darf man nie trauen“

BZ-INTERVIEW mit dem Leiter der Schweizer Delegation: Franz Perrez sieht noch etliche Stolpersteine für ein Klimaabkommen

Nach Abschluss der ersten Woche der UN-Klimakonferenz in Paris zieht der Schweizer Delegationsleiter Franz Perrez Bilanz. Mit ihm sprach Christian Mihatsch.

BZ: Die Klimaschutzpläne der meisten Länder liegen bereits vor. Worüber wird in Paris eigentlich noch verhandelt?

Perrez: Was die Länder vorgelegt haben sind „beabsichtigte (Klimaschutz-) Beiträge“. Die Pläne sind daher sehr unterschiedlich. Jetzt geht es darum, dass die Länder Klimaschutz nicht nur „beabsichtigen“, sondern zur Einreichung von Plänen und zu deren Umsetzung verpflichtet werden. Außerdem muss es in Zukunft klarere Regeln für diese Klimapläne geben, damit sie untereinander vergleichbar sind.

BZ: Die Klimadiplomaten haben am Samstag ihre Verhandlungen abgeschlos-

sen und das Ergebnis an die Minister übergeben. Alles läuft nach Plan. Trauen Sie dem Frieden?

Perrez: Es war eine relativ erfolgreiche Woche, aber dem Frieden darf man nie trauen. Wir sind natürlich froh, dass wir uns auf ein Verhandlungsdokument einigen konnten. Doch dieses enthält noch viele offene Punkte. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass diese in den nächsten Tagen geklärt werden können.

BZ: Was halten Sie von dem Vertragsentwurf, der nun an die Minister geht?

Perrez: Der Entwurf ist insofern gut, als dass er alle wesentlichen Elemente enthält. Aber die politischen Fragen sind noch nicht geklärt. In allen wesentlichen



Franz Perrez

Fragen gibt es noch Optionen, welche weit auseinanderliegen. Hier muss nun rasch eine Lösung gefunden werden.

BZ: Die Unterscheidung zwischen armen, nicht so armen und reichen Ländern ist der Hauptstreitpunkt in Paris.

Perrez: Nur wenn wir eine Lösung für diese Frage finden, werden wir am Ende der nächsten Woche ein Abkommen haben. Die beiden Maximalpositionen werden sich aber nicht durchsetzen. Die undifferenzierte Gleichbehandlung aller Länder wird nicht akzeptiert werden. Ehrlich gesagt, das will auch niemand. Die Zweiteilung aus dem Jahr 1992 wird sich ebenfalls nicht durchsetzen. Dabei ist äußerst wichtig: Es ist nicht

ein Nord-Süd-Konflikt. Es ist ein Konflikt zwischen den Ländern, die alle Staaten gemäß ihrer Verantwortung und Kapazität in Pflicht nehmen wollen, und denjenigen, die auch in Zukunft keine entsprechenden Pflichten akzeptieren wollen. Es gibt viele Entwicklungsländer, die, wie wir, ein ehrgeiziges Abkommen wollen.

BZ: Mehrere Entwicklungsländer verlangen, dass die Klimafinanzierung nach 2020 ausgehend von 100 Milliarden Dollar weiter erhöht wird. Ist das möglich?

Perrez: Ja, vorausgesetzt, der Geberkreis wird ausgeweitet. Derzeit sind nur die Industriestaaten verpflichtet, Unterstützung für andere Länder zu leisten. Damit hat Griechenland die Pflicht Saudi-Arabien zu unterstützen. Das ist offensichtlich absurd. Wenn der Betrag auf über 100 Milliarden erhöht werden soll, dann müssen sich auch die wohlhabenden Entwicklungsländer daran beteiligen.

KOMMENTAR

Zwischenbilanz

Der Streit ist notwendig

Von Bärbel Krauß

Spätestens in einer Woche wird man es wissen: Hat die Gemeinschaft von 195 Staaten, die der Klima-Rahmenkonvention der UN beigetreten ist, nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft zum globalen Klimaschutz, oder nicht? Nach einer Gipfelwoche sind de facto alle wesentlichen Streitfragen noch ungeklärt. Aber dass „das technische Geröll“ beiseitegeräumt wurde, wie es der deutsche Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth formuliert hat, und die Diplomaten sich fristgerecht auf einen entschlackten, kürzeren Text geeinigt haben, ist ein gutes Zeichen dafür, dass es den Willen zur Einigung in Paris nach wie vor gibt. Für ungetrübten Optimismus ist es dennoch zu früh. Aus dem Entwurf, der auf dem Tisch liegt, kann ein starkes und ein schwaches Klimaabkommen werden. Das hängt davon ab, ob man sich auf eine kohlenstofffreie oder doch nur auf eine kohlenstoffreduzierte Weltwirtschaft verständigt. Dabei geht es um ökonomische Perspektiven und viel Geld. Auch die Frage, ob nur die Industrie- oder auch große Schwellenländer wie China zur Finanzierung des globalen Klimaschutzes herangezogen werden, birgt Sprengstoff. Streit ist in den nächsten Tagen unvermeidlich. Wird das Ergebnis gut, lohnt er sich.

► krauss@badische-zeitung.de



IMPRESSUM



HERAUSGEBER: Dr. Christian H. Hodeige
CHEFREDAKTEUR: Thomas Hauser (verantwort.)
STELLV. CHEFREDAKTEUR: Thomas Fricker
 Holger Knöferl (Heimatredaktion)
 Markus Hofmann (Digitales)
LEITENDER REDAKTEUR: REPORTAGE/LAND & REGION: Stefan Hupka
POLITIK: Thomas Fricker; **NACHRICHTEN & BLATTPLANUNG:** Frauke Wolter, Karl-Heinz Fesenmeier; **WIRTSCHAFT:** Dr. Jörg Buteweg; **KULTUR & MAGAZIN:** Alexander Dick; **SPORT:** Michael Dörfler; **FORUM:** Maikka Kost
KORRESPONDENTENBÜROS in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

CHEF VOM DIENST: Hans-Peter Müller
STELLV. CHEF VOM DIENST: Anselm Bußhoff
LAYOUT/GRAFIK: Wolfgang Grabherr
BZ-EXTRA: Michael Sträter

BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,
 Basler Straße 88, 79115 Freiburg
 Telefon 0761 - 496-0
 Fax Redaktion 0761 - 496-5029
 Fax Abonnentenservice 0761 - 496-8696
 Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709
E-MAIL-ADRESSEN:
 redaktion@badische-zeitung.de
 forum@badische-zeitung.de
 aboservice@badische-zeitung.de

GESCHÄFTSFÜHRER: Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz
ANZEIGEN: Ralph Strickler (verantwort.)
VERTRIEB: Thomas Zehnle
PERSONAL UND RECHT: Dr. Verena Ehrlicher

ANZEIGENANNAHME:
 Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229
 E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de
 Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen
 www.schnapp.de

FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ:
 Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141
 Fax 061 - 27 54 242

DRUCK UND VERSAND:
 Freiburger Druck GmbH & Co. KG
 Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg

Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial.
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2015.